Zuerst ersch. in: Länderbericht China: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum / Carsten Hermann-Pillath ... (Hrsg.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1998, S. 102-117

IV. China und der Westen im 19. Jahrhundert

JÜRGEN OSTERHAMMEL

In weltgeschichtlicher Perspektive erscheint weniges an China erstaunlicher als die Beharrungskraft des zentralistisch-bürokratisch regierten Territorialstaates. *(Siehe auch den Beitrag von Helwig Schmidt-Glintzer.)* Als die Ming-Dynastie (1368–1644), unter deren Herrschaft sich die bürokratische Staatsverwaltung zu voller Blüte entwickelte, 1644 von der mandschurischen Qing-Dynastie abgelöst wurde, übernahmen die Eroberer aus dem Norden das Regierungs- und Verwaltungssystem ihrer Vorgänger. Es wurde unter dem Kaiser Yongzheng (reg. 1723–1735) auf den Höhepunkt seiner Effizienz geführt. Zugleich gelang es den Kaisern der Qing-Dynastie nicht nur, das Territorium des Ming-Imperiums zu bewahren; in einer Reihe großer Feldzüge unterwarfen sie außerdem bedeutende Teile des nicht-hanchinesischen Innerasien (die Mongolei, den Osten des islamischen Turkestan, Tibet) sowie die Insel Taiwan. Als Folge dieser Expansion erreichte die Herrschaftssphäre des Kaisers um die Mitte des 18. Jh. ihre maximale Ausdehnung in der gesamten chinesischen Geschichte. Dieser kolossale Reichsverband, der von einem Kranz und Puffer tributpflichtiger Vasallenstaaten umgeben war, konnte nach der »Öffnung« Chinas durch die westlichen Mächte mehr als ein halbes Jahrhundert lang im wesentlichen intakt bewahrt werden. Erst nach seiner militärischen Niederlage gegen Japan im Jahre 1895 war das Mandschu-Reich dem Zugriff der europäischen Großmächte und Japans weithin schutzlos ausgeliefert und verlor wichtige Teile seiner Peripherie, etwa Taiwan und den Süden der Mandschurei. Eine koloniale Zerstükkelung des chinesischen Kerngebietes wurde indessen auch dann noch vermieden. Die Qing-Dynastie war bis zum Vorabend ihres Sturzes im Oktober 1911 in der Lage, das Reich notdürftig zusammenzuhalten.

Zwischen 1913 und 1916 gelang dem diktatorisch herrschenden Präsidenten Yuan Shikai (1859–1916), einem der höchsten Funktionäre des untergegangenen Kaiserreichs, dann noch einmal die einstweilen letzte Zentralisierung der politischen Macht. Doch auch während der Periode territorialer Zersplitterung, die sich an Yuan Shikais Tod anschloß, spielten separatistische Tendenzen keine nennenswerte Rolle. Ungeachtet ihrer erbitterten Auseinandersetzungen beharrten alle politischen und militärischen Kräfte auf der Notwendigkeit einer Nationalregierung für ganz China. Mit der Errichtung der VR China im Oktober 1949 wurde eine starke Zentralgewalt wiederhergestellt. Unter nationalistisch-revolutionären Vorzeichen beanspruchte sie für sich das territoriale Erbe des Qianlong-Kaisers (reg. 1736–1796). Sieht man von den Wirren zur Zeit des Dynastiewechsels von 1644 ab, so hat es seit dem Ende der Mongolen-Herrschaft, also in den letzten sechshundert Jahren der chinesischen Geschichte, nur eine relativ kurze Phase der politischen Zersplitterung gegeben: 1916 bis 1949 – das Zeitalter von militärischem Regionalismus, Bürgerkrieg und japanischer Aggression.

Es ist wichtig, sich diese erstaunliche Kontinuität der politischen Organisation vor Augen zu führen, wenn man versucht, die Stellung des 19. Jh. in der chinesischen Geschichte zu bestimmen. Das Jahrhundert zeigte ein Janusgesicht. Einerseits brachte es beispiellose Herausforderungen mit sich: die Begegnung Chinas mit der europäischen Zivilisation, seine Einbindung in die Strukturen von Weltpolitik und Weltwirtschaft, die von Europa geformt und beherrscht wurden. Andererseits brach das Ancien Régime unter dem Ansturm des Westens keineswegs zusammen. Vielmehr bewies das »alte« China eine bemerkenswerte Widerstandskraft. Sie richtete sich gegen Einflüsse von außen, aber auch gegen radikalere Reformchancen im Inneren. China wurde weder kolonisiert und in ein zweites Indien verwandelt, noch brachte es die Kraft zu einer selbständigen, nationbildenden Transformierung auf, die es zu einem zweiten Japan gemacht hätte. Und so unverkennbar eine gesellschaftliche Dynamik war, die das westliche Klischee von einem »statischen« Reich der Mitte Lügen strafte, so wenig führte diese Dynamik doch über den Rahmen der alten politischen Ordnung hinaus.

In diesem Widerspiel zwischen Herausforderung und Abwehr, zwischen Bewegung und Trägheit, zwischen Neubildung und Stabilisierung muß das chinesische 19. Jh. gesehen werden. Es endete 1895, als die militärische Demütigung durch das seit jeher mit Herablassung betrachtete Japan in großen Teilen einer sich neu formierenden chinesischen Öffentlichkeit das Bewußtsein weckte, die Lebensformen, Werte und politischen Spielräume der Tradition seien tödlich bedroht. »Nationale Rettung« (jiuguo) wurde die Formel, unter der sich die unterschiedlichen politischen Strömungen des Fin de siècle und des frühen 20. Jh. zusammenfanden. *(Siehe auch den Beitrag von Rudolf G. Wagner.)* Nun erst wurden Lehren aus einem Niedergangsprozeß gezogen, der ein Jahrhundert zuvor begonnen hatte.

1. Dynastischer Niedergang (1790–1840)

Alle chinesischen Dynastien haben eine Phasenfolge von Aufstieg, Blüte und Verfall durchlaufen. Chinesische Zeitbeobachter und Chronisten achteten stets mit besonderer Aufmerksamkeit auf Symptome des Verfalls: zunehmende Korruption in der Verwaltung, Inaktivität und verminderte Kompetenz der Monarchen, Vernachlässigung staatlicher Infrastruktur- und Wohlfahrtsaufgaben, Aufstandsbewegungen, usw. Die Krise, die das sino-mandschurische Kaiserreich um die Wende zum 19. Jh. erfaßte, läßt sich indessen mit der klischeehaften Vorstellung eines solchen »dynastischen Zyklus« nicht zureichend erfassen. Man versteht sie am besten als eine Bündelung verschiedenartiger krisenhafter Erscheinungen: einer ökologischen Krise, einer Staatskrise und einer Wirtschaftskrise.

1. Die tieferliegenden Ursachen der ökologischen Krise (Will 1990, 25–28) sind in dem schnellen Bevölkerungswachstum zu suchen, das das innerlich befriedete China des 18. Jahrhunderts zu einem Land in voller wirtschaftlicher Expansion gemacht

Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-opus-83901
URL: http://kops.ub.uni-konstanz.de/volltexte/2009/8390/

hatte. Zwischen 1700 und 1800 verdoppelte sich die Bevölkerung des Reiches von ca. 150 auf 300 Millionen Menschen. *(Siehe auch Abb. 1.1 im Anhang.)* Dies entspricht einer für vormoderne Gesellschaften außerordentlichen Wachstumsrate von knapp einem Prozent pro Jahr. Der Bevölkerungszuwachs wurde auf zweifache Weise absorbiert: teils von den seit Jahrhunderten dicht besiedelten Landesteilen wie etwa der fruchtbaren Region am Unterlauf des Yangzi, wo die Bauernfamilien auf immer kleineren Parzellen mit immer intensiverem Arbeitseinsatz ihr Auskommen suchten, teils von neu durch Zuwanderer erschlossenen Gebieten an den Rändern der alten Siedlungskerne. An diesen »wilden« Siedlungsgrenzen in Bergen und Wäldern, an See- und Flußufern bildeten sich turbulente Pioniergesellschaften, die der zentrale Staat kaum unter seine Kontrolle zu bringen vermochte (Naquin/Rawski 1987, 226 f.). Landwirtschaftliche Erträge wurden hier nicht durch noch intensivere Nutzung vorhandener Flächen gewonnen, sondern durch extensiven Raubbau größten Stils. Wälder wurden vernichtet: Brandrodung führte zu Bodenerosion; empfindliche Mikro-Systeme der Wasserregulierung wurden durch anarchische private Eindeichungen aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Häufigkeit von Naturkatastrophen, insbesondere von Überschwemmungen, nahm langfristig zu. Es war kein Zufall, daß einige der großen Aufstandsbewegungen, wie sie nach Jahrzehnten innerer Ruhe seit den 1770er Jahren ausbrachen, von solchen »internal frontiers«, Zonen besonderer gesellschaftlicher und ökologischer Instabilität, ihren Ausgang nahmen.

Ökologische Kausalzusammenhänge, etwa zwischen Abholzungen am Oberlauf des Gelben Flusses und der Anhebung des Flußbettes an seinem Unterlauf, waren einigen Zeitgenossen durchaus bewußt. Die aufmerksamsten Beobachter des Geschehens, etwa der vielseitige Gelehrte Wei Yuan (1794–1856), erkannten, daß sich hier eine fundamentale Krise der chinesischen Zivilisation anbahnte. Bereits 1793 hatte Hong Liangji (1746–1809), der »chinesische Malthus«, ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsmittelversorgung festgestellt. Solche Einsichten blieben aber folgenlos, obwohl durchaus etwas hätte getan werden können: Daß der Erschöpfung lebenswichtiger Ressourcen auch in traditionalen asiatischen Gesellschaften zu begegnen war, zeigt die systematische Aufforstungspolitik im Japan des 18. Jahrhunderts.

2. In enger Beziehung zu Bevölkerungswachstum und Umweltbelastung stand eine strukturelle Krise des Staates. Der demographische Aufschwung selbst, der weithin als eine unabhängige Variable des Niedergangsprozesses erscheint, war in mancher Hinsicht eine Folge staatlichen Handelns: Innerer Frieden und geordnete Verwaltung hatten maßgeblich zum Fortpflanzungseifer der Bevölkerung beigetragen. Mit der Zeit schuf sich der chinesische Staat dadurch sein eigenes Überforderungsproblem. Da der Staatsapparat nicht in gleichem Maße wie die Zahl der Untertanen expandierte, da zudem ein starres Steuersystem den Fiskus daran hinderte, vom Aufschwung der Privatwirtschaft zu profitieren, ging die Leistungsfähigkeit der Verwaltung deutlich zurück. Dies wiederum trug verstärkend zu der Umweltkrise bei: So kümmerte sich der zentrale Staat immer weniger um die Aufrechterhaltung öffentlicher Getreidespeicher und um den Makro-Wasserbau, also die Konstruktion und Instandhaltung von Flußdeichen; beides gehörte zu seinen traditionellen Aufgaben. Vor allem die Regulierung des Gelben

Flusses und des Yangzi wurde vernachlässigt. Auch begann der Kaiserkanal zu verfallen, der die Hauptstadt und die Reiskammern am unteren Lauf des Yangzi miteinander verband. Die Staatskrise entwickelte sich zudem aus Ursachen, die in die Blüteperiode der Dynastie zurückreichten: Zwar hatte der Qianlong-Kaiser zwischen 1747 und 1791 durch eine Reihe großer Feldzüge das Reichsgebiet auf einen unerhörten Umfang erweitert, doch war dies unter Anspannung aller finanziellen Kräfte geschehen. Wie manch anderes Imperium der Geschichte hatte sich das Qing-Reich strategisch wie fiskalisch übernommen. Die Unterdrückung der großen Aufstandsbewegungen am Jahrhundertende, von denen diejenige der Sekte vom »Weißen Lotus« die bedeutendste war (1796–1805), zerrüttete dann vollends die bereits durch Qianlongs imperiale Abenteuer geschwächten Staatsfinanzen.

Die Krise des Staates war schließlich auch die seiner Diener. Die chinesischen Beamten oder, wie man im Westen sagte, »Mandarine« waren niemals – wie Bürokraten im Staat der europäischen Moderne – regulär besoldet worden. Ihre Ämter waren Pfründen, deren hemmungslose Nutzung allein durch kaiserliche Kontrolle und durch die hohen moralischen Ansprüche gebremst wurde, die ein konfuzianischer Gentleman (»junzi«, *siehe auch den Beitrag Nr. II von Carsten Herrmann-Pillath*) an sich selbst zu stellen gelernt hatte. In Zeiten der Überlastung und eines Karrierestaus, der es für neu gekürte Absolventen des Prüfungssystems immer schwieriger machte, auf eine der begehrten Beamtenstellen vorzurücken, litt das dienstliche Pflichtbewußtsein und nahmen Korruption und Nepotismus zu. In dieser Beziehung hatte das bestechliche und tyrannische Regiment, das der Günstling He Shen (1750–99) in den letzten Jahren des Qianlong-Kaisers am Hofe selbst geführt hatte, ein denkbar schlechtes Vorbild abgegeben.

3. Waren Staatskrise und ökologische Krise »hausgemacht«, so hatte die Wirtschaftskrise vorwiegend Ursachen, die außerhalb Chinas lagen. Eine akute ökonomische Depression machte sich relativ spät, erst in den 1830er Jahren, bemerkbar. Sie gehört damit zur unmittelbaren Vorgeschichte des Opiumkrieges. China war seit dem frühen 18. Jh. allmählich immer stärker in den interkontinentalen Handel einbezogen worden. Obwohl die Qing-Regierung westlichen Kaufleuten den Zugang zum Landesinneren verweigerte, entwickelte sich über die südchinesischen Häfen, in erster Linie über Guangzhou (Kanton), ein solch umfangreicher Außenhandel, daß sich einzelne Branchen und Regionen Chinas geradezu auf den Export nach Europa zu spezialisieren vermochten. Porzellan, Seide, Baumwollstoffe und vor allem Tee waren dabei Chinas begehrteste Produkte.

Da Europa seinerseits dem autarken und gewerblich hochentwickelten China kaum attraktive Handelsgüter bieten konnte, wurden die chinesischen Exporte in Metall bezahlt. Schon seit der späten Ming-Zeit war Silber nach China geflossen und hatte die Binnenwirtschaft durch leichte Inflationierung belebt. Nach der Eroberung Bengalens hatten dann die Briten indische Rohbaumwolle als Tauschgut für chinesischen Tee entdeckt. Seit etwa 1805 entfiel dadurch die Notwendigkeit, Silber von außen (besonders aus Spanisch-Amerika) in den anglo-indisch-chinesischen Dreieckshandel hineinzupumpen. Wenig später erwies sich aus westlicher Sicht indisches Opium als ein noch viel vorteilhafteres Gut im Chinahandel. In der zunehmend demoralisierten Gesellschaft des Reichs der Mitte war die Nachfrage

nach der Droge so gewaltig, daß sich erstmals die Handelsbilanz zu Chinas Ungunsten entwickelte. Zwischen 1827 und 1849 verlor China vermutlich die Hälfte des Silbers, das während der vorausgegangenen 125 Jahre ins Land geströmt war.

Als Folge ergab sich eine sehr ernste deflationäre Krise. Sie traf nicht nur Kaufleute, Handwerker und Tagelöhner in den Städten, sondern auch Landbesitzer vom großen Grundherrn bis zum kleinen Parzellenbauern, deren Steuerlasten in Silber festgesetzt waren, während ihre Bareinnahmen in der Regel aus Kupfergeld bestanden. Der reale Wert der Grundsteuer stieg in einigen Gegenden binnen kurzem um 50–60 Prozent. Seit ihrer Gründung 1644 hatte die Qing-Dynastie keine schwere wirtschaftliche Krise erlebt. Sie hatte bis dahin auch überwiegend erfreuliche Erfahrungen mit dem Europahandel gemacht. Der Tausch von Tee und Textilien gegen Silber, also die Situation vor 1800, war für China ein gutes Geschäft gewesen. Der Tausch von Silber gegen Opium, also die Situation nach 1830, führte hingegen zu Belastungen der heimischen Wirtschaft. Sie machten schmerzlich bewußt, wie eng bereits das noch »ungeöffnete« China in den internationalen Handel verstrickt war. Je mehr sich die wirtschaftlichen Probleme vertieften, desto mehr nahm das zu, was die konfuzianische Obrigkeit am meisten fürchtete: soziale Unruhe.

Man kann sich die Opium-Silber-Krise der 1830er Jahre als jenen zusätzlichen Faktor vorstellen, der in einer Atmosphäre des Niedergangsbewußtseins bei Teilen der Staatsführung die Entschlossenheit weckte, dem westlichen Handel, der mittlerweile überwiegend Schmuggel war, energischer entgegenzutreten. Die meisten Probleme des Reiches schienen unlösbar zu sein; allein die Opiumfrage versprach schnelle und leichte Erfolge. Verhärtete sich die chinesische Haltung gegenüber dem Handel der Fremden an der Chinaküste, so geriet gleichzeitig die britische Politik – vor allem nach der Abschaffung des Teemonopols der altehrwürdigen East India Company im Jahre 1834 – zunehmend unter den Druck von radikalen Freihändlern, die ungehinderten und privilegierten Zugang zum »größten Markt der Welt« verlangten, und von evangelikal orientierten Missionaren, die nach der Bekehrung des größten »Heidenvolkes« der Welt drängten. Hinzu kam schließlich, daß das einstmals hohe Prestige Chinas in den Augen des selbstbewußter gewordenen Europa inzwischen so weit gesunken war, daß der »unzivilisierte« Eigensinn der Selbstabschottung nicht länger tolerabel zu sein schien. So begaben sich China und die westliche Vormacht, Großbritannien, auf einen Kollisionskurs, der früher oder später in einem militärischen Zusammenstoß enden mußte.

2. Kriege und innere Aufstände (1840–1860)

Der Opiumkrieg begann 1839, als der kaiserliche Kommissar Lin Zexu (1785–1850) den Opiumhandel unterbrach und britisches Opium vernichtete; er endete 1842 mit der Besiegelung von Chinas Niederlage durch den ersten einer langen Reihe von »Ungleichen Verträgen«, den Vertrag von Nanjing. Der Krieg wurde nicht in erster Linie um die Opiumfrage geführt. Sie war eher Anlaß als tieferer Hintergrund, und es ist bemerkenswert, daß die Opiumeinfuhr erst 1858 vertraglich legalisiert wurde. Großbritannien wandte auf China jene Methoden der notfalls gewaltsamen Durchsetzung von Freihandelsprinzipien an, die es zuvor schon gegenüber den jungen lateinamerikanischen Republiken und dem Osmanischen Reich praktiziert hatte. Der Qing-Staat wiederum sah seinen Widerstand gegen Aktivitäten, die ebenso illegal wie schädlich waren, in der alten Tradition der Disziplinierung ruheloser »Seebarbaren«, beging dabei freilich den Fehler, den neuen, mit Dampfschiffen angreifenden Widersacher zu unterschätzen.

Der Opiumkrieg machte die strukturelle Schwäche eines Reiches sichtbar, das noch 1793, als Lord Macartney, der Gesandte des englischen Königs, mit einer großen Delegation dem alten Kaiser Qianlong seine Aufwartung gemacht hatte, mit Recht als die führende Großmacht Asiens galt. Zum Beispiel zeigte er die Wirkungslosigkeit der chinesischen Küstenverteidigung, die allerdings seit den 1680er Jahren keine nennenswerte Herausforderung mehr erfahren hatte. Der Krieg offenbarte ebenfalls Chaos und Entscheidungslähmung in einem politischen System, dem die starke kaiserliche Hand fehlte und in welchem Beamtencliquen um Macht und Einfluß rivalisierten. Nur so läßt sich die sprunghafte und konfuse Reaktion der Qing-Dynastie auf die Niederlage von 1842 erklären.

Der Vertrag von Nanjing samt anderen frühen völkerrechtlichen Regelungen verfügte mehrere Einschränkungen der chinesischen Souveränität: (1) das Privileg der Extraterritorialität, also der Immunität von Staatsangehörigen der westlichen Vertragsmächte gegenüber der chinesischen Justiz; (2) die Öffnung der Hafenstädte Guangzhou, Shanghai, Fuzhou, Ningbo und Xiamen für ausländische Kaufleute und Konsuln; (3) die Abtretung der Insel Hongkong an Großbritannien; (4) die Abschaffung chinesischer Außenhandelsmonopole sowie die Festsetzung eines »fairen und regelmäßigen« – lies: niedrigen – Zolltarifs. Dies waren harte und neuartige Bestimmungen. Sie degradierten China aber noch keineswegs zum Spielball der Großmächte und zum Operationsgebiet des westlichen Kapitalismus. Nach der »Ersten Vertragsordnung« von 1842 blieben die Fremden auf die südchinesischen Häfen beschränkt, in denen sie zuvor schon teils als legale Händler, teils als Schmuggler tätig gewesen waren. Das Entwicklungspotential Hongkongs und sogar Shanghais vermochte noch niemand zu erkennen; die Briten ahnten 1842 noch nicht, welch großer Coup ihnen gelungen war. Die Extraterritorialität schließlich erinnerte an die alte chinesische Gepflogenheit, mit Fremden nur über deren Führer und Vorsteher zu verkehren; sie besaß den Vorteil einer klaren Trennung der Kompetenzen und kann nicht eo ipso als ein Instrument imperialistischer Aggression gewertet werden.

Es blieb jedoch nicht bei diesen relativ maßvollen Regelungen. Auf die Erste Vertragsordnung folgte 1858 bzw. 1860 eine viel weitergehende Zweite Vertragsordnung. Einheimische Würdenträger sabotierten nach 1842 immer wieder die Umsetzung der Vertragsbestimmungen, indem sie zum Beispiel die Zollbestimmungen mißachteten, den Zugang zu vertraglich geöffneten Häfen verweigerten und Übergriffe auf Ausländer duldeten oder gar anregten. Damit verschafften sie den westlichen Mächten (neben Großbritannien verstärkte nun vor allem Frankreich sein fernöstliches Engagement) willkommene Anlässe zu erneuten Interventionen. Am Ende abermaliger kriegerischer Konflikte, manchmal ungenau als »Zweiter Opiumkrieg« bezeichnet, die 1860 einen spektakulären Höhepunkt erreichten, als ein britisch-französisches Expeditionskorps Kaiser Qianlongs Sommerpalast vor dem Toren von Beijing plünderte und niederbrannte, stand die Zweite

Vertragsordnung. Sie erst vollendete das »Treaty-System«: ein Gebäude ausländischer Privilegien, an dem vermittels der allgemein angewandten Meistbegünstigungsklausel auch noch das unbedeutendste fremde Land teilhatte. Erst seit 1860 waren die rechtlichen und politischen Voraussetzungen für eine tatsächliche Öffnung des Landesinneren geschaffen, erst jetzt stand China in der Gefahr, so etwas wie eine Halbkolonie des Westens zu werden.

Die Zweite Vertragsordnung machte ganz China für ausländische Reisende zugänglich und garantierte christlichen Missionaren die unbehinderte Betätigung in allen Provinzen; bald wurde die katholische Kirche zum größten ausländischen Grundeigentümer in China. Die Verträge von 1858 und 1860 öffneten neben mehreren weniger bedeutenden Vertragshäfen die große nordchinesische Hafenstadt Tianjin sowie Hankou (heute ein Teil von Wuhan), die Handelsmetropole ganz Zentralchinas, für den ausländischen Handel. Damit hing zusammen, daß zivilen Dampfschiffen unter fremden Flaggen und den Kanonenbooten der Vertragsmächte nunmehr der freie, an keine Genehmigung gebundene Verkehr auf den chinesischen Binnen- und Küstengewässern gestattet wurde. Importgüter waren fortan nicht länger den hohen Binnenzöllen unterworfen. Schließlich zwangen die Großmächte den Kaiserhof, seine Verweigerung »zivilisierter« diplomatischer Umgangsformen aufzugeben und ausländische Gesandte in Beijing zu akkreditieren; ein Proto-Außenamt (das »Zongli yamen«) wurde eingerichtet und die Entsendung chinesischer Missionen in die westlichen Hauptstädte vorbereitet. Chinas Souveränität wurde stärker eingeschränkt als je zuvor und das Land zugleich mit Merkmalen moderner Staatlichkeit ausgestattet. Dieser Widerspruch zwischen rechtlicher Entmündigung und institutioneller Modernisierung sollte viele Jahrzehnte lang für Chinas internationalen Status charakteristisch bleiben.

Nicht das anmaßende Auftreten der westlichen Mächte war indessen nach der Mitte des Jahrhunderts die größte Herausforderung der Qing-Dynastie, sondern der Taiping-Aufstand, eine der am längsten andauernden und zerstörerischsten Protestbewegungen in der chinesischen Geschichte und noch weit vor dem etwa gleichzeitigen amerikanischen Sezessionskrieg (1861–1865) der größte Bürgerkrieg des 19. Jh. *(Siehe auch den Beitrag von Rudolf G. Wagner.)* Er begann in einer armen Gegend der südlichen Provinz Guangxi. Hier waren große Teile der örtlichen Bevölkerung von Chinas verschiedenen Krisen betroffen und hatten auch bereits unter den Folgen der Verlagerung von Außenhandelsaktivitäten von Kanton nach Shanghai zu leiden. Aber der Taiping-Aufstand war kein direktes Ergebnis des Opiumkrieges, wie überhaupt eine rein sozialökonomische Interpretation zu kurz greifen würde. Verunsicherung und Elend der Bevölkerung erklären zum Teil die große Resonanz, die die Bewegung fand, nicht aber ihre ideologische Wucht. An ihrem Anfang stand ein Prophet: Hong Xiuquan (1814–1884), die ungewöhnlichste und verhängnisvollste Figur in der chinesischen Geschichte des 19. Jh. Hong entstammte einer armen Familie aus der subethnischen Minderheit der Hakka. Nachdem er in den Staatsprüfungen gescheitert war, kam er in Kanton unter den Einfluß protestantischer Missionare. Bekanntschaft mit christlichen Glaubenslehren verdichtete sich bei ihm zu visionären Erlebnissen und der Überzeugung, als »jüngerer Bruder« von Jesus Christus zur Gründung einer christlichen Gemeinschaft und zur Vernichtung der Mandschus berufen zu sein. Mit der Zeit erdachte er ein eigentümliches Gedankensystem, in das neben christlich-alttestamentarischen

Vorstellungen auch Elemente des Konfuzianismus sowie heterodoxer Volksreligionen eingingen.

Hong Xiuquan war ein charismatischer Redner und, zumindest am Anfang seiner politischen Karriere, ein glänzender Organisator. Mit Hilfe fähiger Mitstreiter formte er seine Anhängerschaft zu einer schlagkräftigen militärischen Truppe. Ideologie und Organisation hoben sie bald von den zahlreichen Räuberbanden ab, die Südchina unsicher machten. Nach ersten Zusammenstößen mit Qing-Truppen begann Hong, der sich im Januar 1851 zum Himmelskönig des »Himmlischen Reiches des Großen Friedens« (Taiping Tianguo) erklärt hatte, im Herbst jenes Jahres seinen großen Kriegszug nach Norden. Bald folgten eine Reihe unglaublicher militärischer Erfolge. Im März 1853 fiel Nanjing, die alte Kaiserstadt der Ming-Dynastie, in die Hand der Rebellen, die in einer Orgie ethnisch motivierter Gewalt die gesamte Mandschu-Bevölkerung abschlachteten. Von Nanjing aus regierten die Taiping bis zu ihrer Vernichtung 1864 eine Art von Gegenstaat, der um 1856 seine größte Macht erreichte und damals die Qing-Dynastie an den Rand des Zusammenbruchs trieb. Die Taiping wurden in ausdauernden Kämpfen, an denen auch westliche Söldner mitwirkten, militärisch besiegt, doch scheiterten sie auch an sich selber: am Versagen des zunehmend verwirrten »Himmelskönigs«, an Machtkämpfen innerhalb ihrer Führungsgruppe, an abschreckender Gewalttätigkeit und an einer intoleranten Misch-Ideologie, die sämtliche potentiellen Bundesgenossen verprellte: die traditionellen Geheimgesellschaften, die für antimandschurische Propaganda nicht unempfängliche lokale Oberschicht, die Missionare und die christlichen Großmächte.

Lehre und zum Teil auch Praxis der Taiping – vor allem ein egalitäres Bodengesetz – weisen mit ihrem Utopismus in manchem auf die kommunistischen Experimente des 20. Jh. voraus, und die sino-marxistische Geschichtsschreibung hat die Bewegung denn auch in die Ahnengalerie der Revolution eingeordnet. Als Vorläufer der postmaoistischen Modernisierungspolitik taugt sie freilich nicht. Gegenüber dem archaischen Agrartotalitarismus des Bodengesetzes fiel der nie realisierte Plan des zeitweiligen »Premierministers« der Taiping, Hong Ren'gan (1822–1864), das Himmlische Königreich durch Banken und Postdienste, Dampfschiffe und Eisenbahnen zu modernisieren, kaum ins Gewicht. (Michael/Chang 1971, 748–76).

Im Zuge einer Rebellenunterdrückung, die dem Wüten der Aufständischen an Sorglosigkeit gegenüber Menschenleben nicht nachstand, wurden fast alle Spuren der Taiping-Gegenkultur vernichtet. Was blieb, waren gigantische demographische Verluste (Schätzungen sprechen von bis zu fünf Prozent des Bevölkerung des Reiches) und materielle Verwüstungen, von denen sich manche Städte und Landschaften nie wieder erholten.

In der Abwehr der Taiping und anderer, von ihnen unabhängiger Aufstände (besonders der Nian-Rebellion im nördlichen Zentralchina, 1851–1868, und großer Muslim-Erhebungen im Nord- und Südwesten, 1855–1873) raffte sich das sino-mandschurische Ancien Régime zu einem großen Kraftakt auf. Westliche Unterstützung spielte dabei keine maßgebliche Rolle. Nicht nur der Zentralstaat war an der Vernichtung der Rebellen beteiligt. Es handelte sich im Grunde um Bürgerkriege mit einem weiten Mobilisierungsradius. Auf loyalistischer Seite engagierten sich große Teile der ländlichen Oberschicht. Sie stellten Milizen auf oder erweiterten

die Schutzverbände, die sie zuvor bereits im Kampf gegen das ausufernde Banditenwesen geschaffen hatten. Aus einigen dieser Milizen entstanden bald regionale Armeen, wie es sie bis dahin in der Qing-Zeit nicht gegeben hatte. Eine Folge der Taiping-Periode war daher die außerordentliche Militarisierung der chinesischen Gesellschaft, vor allem auf dem Lande (Kuhn 1970). Die regionalen Armeen unterstanden dem Befehl jener hohen Provinzialbeamten, die sie ins Leben gerufen und für ihre Finanzierung gesorgt hatten. Der Hof in Beijing übte nur eine indirekte Kontrolle über sie aus.

Ein solcher militärischer Regionalismus und die mit ihm verbundene Machtverschiebung von der Zentrale hinab zur Provinz- und Regionalebene war ein für die Qing neuartiges Phänomen. Doch keiner der neuen Militärführer strebte nach dem Aufbau einer eigenen territorialen Machtbasis, keiner kündigte der Dynastie die Gefolgschaft auf. Das Ziel von Militärreformern wie Zeng Guofan (1811–1872) und Li Hongzhang (1823–1901) war vielmehr die Rettung des Gesamtstaates unter der Führung des legitimen Kaiserhauses. Sie waren sozial konservative Verteidiger der bestehenden Gesellschaftsordnung und vertraten eine strenge, hohe ethische Ansprüche stellende konfuzianische Pflichtenlehre, ohne sich indessen der Nutzung moderner westlicher Technologie im Militär wie auf anderen Gebieten zu verweigern. Die sogenannte »Restauration« der Dynastie, die in den sechziger Jahren unter der Ägide dieser Männer begann, drehte das Rad nicht zu den Verhältnissen der ersten Jahrhunderthälfte zurück.

3. Konservative Stabilisierung und zaghafte Modernisierungsversuche (1860–1895)

Die neuerliche Stabilisierung der Qing-Dynastie versprach man sich in der Zeit nach der Zweiten Vertragsordnung und der Niederlage der Taiping von der Kooperation mit den ausländischen Mächten und einer sehr behutsamen Übernahme einzelner Elemente der westlichen Zivilisation. Zum sichtbarsten Ausdruck der Kooperationspolitik wurde der Aufbau der von chinesischer wie westlicher Seite geförderten Seezollbehörde (Smith/Fairbank/Bruner 1991). Als ihr »Inspector-General« mit nahezu unumschränkten Vollmachten innerhalb des Amtes wirkte jahrzehntelang der Nordire Sir Robert Hart (1835–1911), der einflußreichste Ausländer im China des 19. Jh. Harts Seezollbehörde garantierte im Interesse der ausländischen Mächte und Firmen die Beachtung der vertraglich festgelegten Zollbestimmungen; sie wurde damit zum wichtigsten Exekutivorgan des Freihandelsregimes, das China seit 1842 schrittweise auferlegt worden war. Doch auch der Qing-Staat profitierte von dem neuartigen Amt, denn dessen konstante und unbestechliche Arbeit gewährleistete stetig fließende Zolleinkünfte und ermöglichte der Reichszentrale dadurch, an der Ausweitung des Handelsverkehrs zu partizipieren, die ein Merkmal der letzten vier Jahrzehnte des 19. Jh. war. Das Seezollamt war ein Teil des chinesischen Staatsapparates, beschäftigte aber neben zahlreichen Chinesen auf seinen höheren Rängen Ausländer aus vielen Ländern. Es war intern nach modernen Prinzipien westlicher Behördenorganisation geordnet, verwandte aber in seinem Schriftverkehr Chinesisch als neben Englisch gleichberechtigte Amtssprache. Sein Mischcharakter machte deutlich, daß trotz fortwährenden britischen Übergewichts unter den »Treaty Powers« der Imperialismus im späten Qing-Reich eine multinationale Angelegenheit war.

Die Einkünfte, die das Seezollamt erzielte, wurden nicht zuletzt für die Reformprojekte verwendet, die nun unter der Parole der »Selbststärkung« (ziqiang) auf den Weg kamen (Chu/Liu 1994): Aufbau einer einheimischen Werft- und Rüstungsindustrie unter staatlicher Ägide, Anfänge des Eisenbahnbaus und der chinesischen Dampfschiffahrt (in Konkurrenz zu ausländischen Reedereien), Beginn der Telegraphenkommunikation, eines Postwesens und des mechanisierten Kohlebergbaus, usw. An fast allen diesen Projekten waren ausländische Berater beteiligt, ohne im allgemeinen jedoch eine bestimmende Rolle zu spielen; zu finanzieller Abhängigkeit vom kreditgebenden Ausland führten diese frühen Modernisierungsbemühungen nicht. Man kann auch nicht sagen, daß sie von ausländischen Mächten und Wirtschaftsinteressen sabotiert worden wären. Wenn sie allesamt nach hoffnungsvollem Beginn ins Stocken gerieten, lag dies hauptsächlich an innerchinesischen Problemen: der schwachen Finanzbasis der frühen Modernisierung, dem Mangel an privatwirtschaftlichem Engagement, der Abhängigkeit von der persönlichen Initiative einzelner Provinzialmachthaber (wie des bereits erwähnten Li Hongzhang), schließlich an einer mangelnden Koordinierung und Stetigkeit der regional verstreuten Initiativen. Anders als in Japan, das gleichzeitig eine höchst erfolgreiche Politik gesamtgesellschaftlicher Modernisierung betrieb, fehlten in China eine zentralstaatliche Steuerung, ein Gefühl der Anspannung aller nationalen Kräfte und die Bereitschaft, die Erfolgsgeheimnisse des Westens unbefangen zu studieren und sie den eigenen Erfordernissen anzupassen. Vor allem aber fehlte das, was der Reformpolitik in Japan – in Gestalt der »Meiji-Restauration« von 1868 – vorausgegangen war und was sie daher mit den chinesischen Versuchen im Grunde unvergleichbar macht: eine revolutionäre Umwälzung des politischen Systems und der politischen Führungsschicht. Die Modernisierungsanstrengungen der 1860er bis 1880er Jahre hielten sich im Rahmen eines soeben durch den Sieg über die Taiping revitalisierten Ancien Régime.

Für viele westliche Beobachter erschien Chinas politische Ordnung in den letzten vier Jahrzehnten des Jahrhunderts als ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Der Theorie nach war China eine absolute Monarchie, in welcher der Wille des Herrschers widerspruchslosen Gehorsam verlangte. 1820 war jedoch der letzte Herrscher, der selbständig und aktiv regierte, der Jiaqing-Kaiser, gestorben. Seine Nachfolger waren schwache Gestalten, und selbst die skrupellose und durchaus fähige »Kaiserinwitwe« Cixi (1835–1908), die nach 1861 als die eigentliche Kraft hinter dem Thron in Erscheinung trat, erreichte nicht das Format der Kaiser des 18. Jh. Trotz mancher Demütigungen durch die überseeischen »Barbaren« wurden Anspruch und Mystik des universalen Kaisertums weiter gepflegt. Der Kaiser residierte nach wie vor in der von der Außenwelt abgeschirmten Palastanlage der Verbotenen Stadt inmitten der Hauptstadt, umgeben von Höflingen und Eunuchen. Das auf die Ming-Zeit zurückgehende Hofzeremoniell wurde weiter praktiziert; alle Untertanen hatten sich dem Monarchen im »Kotau« zu Füßen zu werfen. Bis in die 1880er Jahre hinein wurden die traditionellen Tributgesandtschaften mit herkömmlichem Pomp empfangen.

Der Kaiser gebot über sein eigenes »Küchenkabinett«. Die Verwaltung des Reiches blieb aber den regulären Organen der Zentralregierung und unter ihnen einem bürokratischen Netz überlassen, das alle Provinzen überzog. Das höchste Amt außerhalb der Zentralregierung war das des Generalgouverneurs, der für zwei bis drei Provinzen zuständig war. Darunter hatte jede Provinz ihren eigenen Gouverneur. Die niedrigste Ebene der Verwaltung war die des Distriktbeamten in der Kreisstadt, der für 100 000 bis 250 000 Untertanen zuständig war und dem nur ein kleiner, aus eigenen Mitteln finanzierter, ausführender Mitarbeiterstab zur Verfügung stand. Für die Bevölkerung war er die Verkörperung des Staates, eine Art von Mini-Kaiser, dem die Tradition die Rolle eines »Vaters und Mutter« des Volkes übertrug. Er war zuständig für die Sicherung der öffentlichen Ordnung, für Steuereinziehung, Rechtsprechung, Pflege der Infrastuktur, Ermutigung lokaler Gelehrsamkeit und für eine Reihe religiöser und kultischer Aufgaben.

Da die Macht der Qing-Bürokratie nicht auf die Dorfebene hinabreichte, war der Staat bei vielen lokalen Belangen auf die Mitwirkung der örtlichen Oberschicht angewiesen. Diese war von Region zu Region unterschiedlich zusammengesetzt. Zweierlei hatten die Angehörigen dieser »Gentry«, wie sie in der Literatur meist genannt wird, jedoch gemeinsam (Wakeman 1975, 19–37). Zum einen bezogen sie einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens aus Grundbesitz, auch wenn sie andere Erwerbsquellen nicht verschmähten; sie strebten dem Kulturideal des müßiggängerischen Landlebens nach. Zum anderen definiert es geradezu die Gentry, die man eher als eine Statusgruppe denn als eine soziale Klasse auffassen sollte, daß ihre Mitglieder in den regelmäßig abgehaltenen, sehr harten Staatsprüfungen zumindest den untersten von neun Gelehrtengraden errungen hatten. Nur wenige der erfolgreich Examinierten hatten am Ende eine Chance, eine Stelle im Beamtenapparat zu erringen, doch war schon mit dem niedrigsten Titel rechtliche Bevorzugung und vor allem Sozialprestige verbunden. Ein gelehrter Gentryangehöriger war ein potentieller Beamter, er besaß den gleichen Bildungshorizont wie ein Amtsinhaber und konnte sich diesem – anders als das »gemeine Volk« – auf der Ebene gesellschaftlicher Gleichrangigkeit nähern. Auf dieser kulturellen Allianz zwischen Beamtenschaft und außerstaatlicher Gentry beruhte die sub-bürokratische Verwaltung des chinesischen Reiches. Bis zu ihrer Abschaffung im Jahre 1905 waren Prüfungssystem und Titelhierarchie kaum überschätzbare Bindekräfte, die das riesige Imperium zusammenhielten (Smith 1994, 55–67). Selten in der Geschichte ist kulturelle Homogenisierung mit ähnlichem Erfolg den Zielen politischer Integration dienstbar gemacht worden.

Ohne Zweifel war der kultivierte Gentleman und umfassend gebildete Generalist mit seinem am Kanon klassischer Schriften orientierten Horizont den Herausforderungen der Moderne immer weniger gewachsen. Zwar wurden gegen Ende der Dynastie auch realitätsnähere Gegenstände in den Themenkreis der Staatsprüfungen aufgenommen, doch rückte man nie von der zunehmend anachronistischen Idee ab, ein guter Kommentator alter Texte sei gleichzeitig zur Ausübung eines Verwaltungsamtes befähigt. Es fällt leicht, dieses literarische Amateurideal zu belächeln. Und dennoch wäre es ungerecht, die Leistungsfähigkeit selbst noch des spätkaiserlichen Staates zu unterschätzen. Der Verwaltung unter der Republik (1911–1949) war er allemal überlegen. *(Siehe auch den Beitrag von Hermann Halbeisen.)*

4. Neue gesellschaftliche Kräfte unter dem Einfluß des Westens

Im Gehäuse eines so gut wie unveränderten politischen Systems wurde nach etwa 1860 ein gesellschaftlicher Wandel in Gang gesetzt, der sich um die Jahrhundertwende beschleunigen und dann die revolutionären Veränderungen des 20. Jh. tragen sollte. Nicht alle diese Veränderungen wurden vom Kontakt mit dem Westen ausgelöst. Wie der amerikanische Historiker William T. Rowe in einem umfangreichen Werk über die Geschichte der zentralchinesischen Stadt Hankou im 19. Jh. gezeigt hat (Rowe 1984/1989), waren in vielen Fälle externe Einflüsse nur ein zusätzlicher Faktor, der auf sozialgeschichtliche Prozesse traf, die endogen, also gewissermaßen innerchinesisch abliefen.

Die Wirkungen des Westens auf die chinesische Gesellschaft lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

(1) Anders als für die Zeit nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/95, als Ausländer in Industrie, Bergbau, Eisenbahnwesen und Bankensektor dominierende Positionen aufbauten, läßt sich für die Periode nach der Zweiten Vertragsordnung (1860) noch nicht von einer wirtschaftlichen Invasion Chinas durch den westlichen Kapitalismus sprechen. Der direkte ökonomische Einfluß des Westens blieb auf wenige große Küstenstädte beschränkt. Allein die Dampfschiffahrt auf dem Yangzi entwickelte sich zu einer Speerspitze wirtschaftlicher Durchdringung des Landesinneren, doch hinderte niemand chinesische Transporteure und Passagiere daran, sich dieses neuen Verkehrsmittels zu bedienen, das überwiegend, aber keineswegs vollständig von ausländischen Firmen betrieben wurde. Weit davon entfernt, den chinesischen Markt einer Überflutung durch die konkurrenzlosen Produkte der europäischen und amerikanischen Industrie preiszugeben, schuf das erzwungene Freihandelsregime vielfach neue Möglichkeiten für die einheimische Wirtschaft. Gewiß hatten die Westmächte das Treaty-System auf ihre eigenen Bedürfnisse hin zugeschneidert. Es zeigte sich aber bald, daß trotz der Verminderung von Importzöllen auf ein Minimum und trotz der Zulassung fremder Handelsaktivitäten in einer wachsenden Zahl auch binnenländischer Vertragshäfen von einer Eroberung des chinesischen Marktes durch westliche Kaufleute nicht die Rede sein konnte. Leistungsfähige einheimische Kaufmannsorganisationen behielten den Binnenhandel, auch den mit Importgütern, überwiegend in den eigenen Händen und stellten sich flexibel auf die Chancen gesteigerter Kommerzialisierung ein.

Davon profitierten vor allem Städte vom Typ der nicht-administrativen Handelszentren – zum Beispiel Hankou. Sie konnten nun in einigem Abstand von der manchmal (aber keineswegs ausnahmslos) kommerzfeindlichen Bürokratie ihre interregionalen Fernkontakte ausbauen. In den aufstrebenden Städten dieser Art kam es trotz einer gewissen Ausweitung »proto-industrieller« Hausproduktion zu keinem Durchbruch in Richtung auf eine sich selbst tragende Industrialisierung. Statt dessen läßt sich die Perfektionierung eines ungemein effizienten »Handelskapitalismus« beobachten. Dessen treibende Kräfte waren nicht einige wenige patrizische Großkaufleute, wie man sie aus dem frühneuzeitlichen Europa kennt, sondern zahlreiche Firmen mittlerer Größe, die oft über familiäre und landsmannschaftliche Kontakte in ganz China verfügten. Aus ihnen entstand eine zunehmend selbstbewußte Kaufmannschaft, die sich sozial wie kulturell immer näher auf Teile der Gentry zubewegte, die es ihrerseits zunehmend in die Städte zog. Die traditionelle Statusgrenze

zwischen Kaufleuten und landbesitzenden Gelehrten verwischte sich (Rankin 1986; Esherick/Rankin 1990). Angehörige der Gentry erschlossen sich neue Einkunftsquellen, die höhere Renditen versprachen als die relativ unergiebige Landverpachtung, vor allem Bank- und Handelsgeschäfte (entweder direkt oder in stiller Teilhaberschaft an Kaufmannshäusern). Zugleich schwand der alte Hochmut der Gelehrten gegenüber den Krämern. Die Kaufleute umgekehrt nutzten die Möglichkeiten des Titelkaufs zur eigenen Statuserhöhung und »Gentrifizierung« und engagierten sich in jener philantropischen Fürsorge für Arme und Benachteiligte, die seit jeher zum Selbstbild einer verantwortungsbewußten Oberschicht gehört hatte. *(Siehe auch den Beitrag Nr. II von Carsten Herrmann-Pillath.)* Durch solche Prozesse des Sich-aufeinander-Zubewegens entstand gegen Ende des Jahrhunderts in vielen Städten vor allem des Landesinneren eine neue Schicht, die von chinesischen Historikern neuerdings als »Gentry-Kaufmanns-Klasse« (shen-shang jieji) bezeichnet wird. Sie bot den Nährboden für die sich am Ende des Jahrhunderts ausformende politische Öffentlichkeit. Ihre allmähliche Entfremdung vom kaiserlichen Zentralstaat war eine der tieferen Ursachen für den Sturz der Monarchie im Jahre 1911.

(2) Unmittelbarer vom Westen geprägt waren die gesellschaftlichen Veränderungen in den großen Vertragshäfen an der Küste. Obwohl zwischen 1842 und 1895 insgesamt 39 Städte durch Vertrag geöffnet worden waren (Zhang 1993, 321–24), gewannen neben dem Yangzihafen Hankou nur Shanghai, Guangzhou und Tianjin erstrangige Bedeutung als Brückenköpfe westlicher Wirtschaftsinteressen. Shanghai überragte sie alle. *(Siehe auch den Beitrag von Rudolf G. Wagner.)* Dank seiner unvergleichlichen verkehrsgeographischen Lage nahe der Yangzimündung und in der Mitte der chinesischen Küste wurde es zum Mittelpunkt sämtlicher ökonomischen Aktivitäten von Ausländern im Reich der Mitte. In Shanghai unterhielten größere westliche Handelshäuser ihre Hauptquartiere, kleinere waren in der Regel nur hier vertreten. Nur eine winzige Minderheit unter einer Bevölkerung, die in den 1890er Jahren die Größenordnung von etwa 700 000 erreicht hatte, waren Ausländer. Sie hatten es vermocht, außerhalb der »Ungleichen Verträge« durch schrittweise Usurpation von Hoheitsrechten das Herz der Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen. Die sogenannte Internationale Niederlassung war eine kolonieähnliche Enklave, in der nicht ein Gouverneur oder (wie in der benachbarten Französischen Konzession) ein Konsul die staatliche Gewalt ausübte, sondern ein international zusammengesetzter Stadtrat, der sich aus der Mitte der großen ausländischen Handelshäuser bildete. Erst in den 1920er Jahren räumte man der reichen chinesischen Oligarchie ein gewisses Mitspracherecht ein.

Sowohl in Shanghai als auch in den anderen großen Küstenstädten kam es zur Urbanisierung der Gentry und zum Aufstieg der Kaufleute zu gesellschaftlicher Respektabilität. Die Kaufmannschaft an der Küste trug dadurch eine besondere Note, daß in ihr Kompradore eine größere Rolle spielten als im Binnenland. Kompradore (maiban) waren die engsten Partner der ausländischen Firmen, von denen die meisten für nahezu alle Kontakte mit der einheimischen wirtschaftlichen Umwelt auf chinesische Vermittler angewiesen waren. Der Komprador stellte diese Geschäftsverbindungen her, wickelte den angesichts der chinesischen Währungs- und Kreditverhältnisse ziemlich umständlichen Zahlungsverkehr ab und bürgte für die Bonität chinesischer Lieferanten und Kunden. Er leistete Dolmetscherdienste

und überwachte die chinesischen Angestellten des ausländischen Handelshauses. Obwohl in mancher Hinsicht Werkzeug und Agent des ausländischen Kapitals, war er in aller Regel auch ein Kaufmann von eigenem Gewicht, der auf persönliche Rechnung Geschäfte betrieb und nicht auf die Kommission angewiesen war, die sein fremder Meister ihm zahlte. An dieser Schnittstelle von einheimischer Wirtschaft und ausländischem Brückenkopf konnten große Vermögen angehäuft werden. Kompradore gehörten zu den wohlhabendsten Leuten im späten Qing-Reich. Sie investierten ihre Reichtümer in erheblichem Umfang verdeckt in ausländische Firmen, so daß sie nicht selten stille Teilhaber oder Gläubiger ihrer Auftraggeber waren (Hao 1986, 212 ff.).

Es wäre übertrieben, von einer deutlich abgrenzbaren Kompradoren-«Klasse« zu sprechen. Angemessener ist es, ein Kompradorenelement in der einheimischen Elite der maritimen Vertragshäfen anzunehmen. Diese Elite war dadurch stärker westlich oder kosmopolitisch orientiert und weiter von den orthodoxen Werten und Einstellungen des konfuzianischen Imperiums entfernt als die »Shen-shang-Oberschicht« der inneren Provinzialstädte. Zu einer vollständigen Durchdringung westlicher und chinesischer Kultur im Sinne einer dauerhaften Kultursymbiose ist es in den Vertragshäfen jedoch nicht gekommen. Die Ausländer hielten eine arrogante Distanz zur chinesischen Umwelt, deren Sprache ihnen zumeist fremd blieb. Die Kompradore, die sich auf (Pidgin-)Englisch zu verständigen vermochten, waren ihrerseits nur in engen Grenzen auf eine Verwestlichung ihres Lebensstils erpicht. So hat sich an der Chinaküste, anders als in Japan, im 19. Jh. europäische Kleidung nicht durchsetzen können; der Komprador trug sein langes Gewand, nicht den engen Rock der Europäer. Die großen Vertragshäfen – und keiner mehr als Shanghai – wurden dennoch zum wichtigsten Einfallstor der westlichen Zivilisation, auch wenn diese sich an Ort und Stelle nicht immer vorbildlich präsentierte. Da Chinesen in der Internationalen Niederlassung dem Zugriff der chinesischen Behörden entzogen waren, wurde das quasi-koloniale Imperium in imperio auch zu einer frühen Oase von Presse- und Meinungsfreiheit.

(3) Ähnliche Verhältnisse herrschten in der britischen Kronkolonie Hongkong, deren Aufstieg zur eigenständigen Wirtschaftsmetropole allerdings erst im zweiten Drittel des 20. Jh. begann. Zunächst war Hongkong ein Überseehafen für das ungünstiger gelegene Guangzhou. Anders als Shanghai, das beim Eintreffen der Ausländer bereits eine jahrhundertelange Stadtgeschichte hinter sich hatte, war Hongkong ein koloniales Kunstprodukt (Tsai 1993). Nicht nur die Kolonialherren, sondern auch alle Teile der chinesischen Bevölkerung waren seit 1841/42 zugewandert. Hongkong gehört daher in vieler Hinsicht zu den »wilden« Grenzregionen der chinesischen Expansion. Wie unter Laborbedingungen läßt sich hier die Entstehung chinesischer Gesellschaftsformen studieren – auch deshalb besonders gut, weil die koloniale Regierung ihre Eingriffe in chinesische Angelegenheiten auf ein Minimum beschränkte und Wohlfahrtsaufgaben sowie die Regelung von Konflikten gerne den sich neu profilierenden einheimischen Honoratioren überließ. Die Gesellschaft Hongkongs bestand im Grunde aus einer Mehrheit von »Kulis«, also Lohnarbeitern im Dienste von Schiffahrt und Handel, und einer Minderheit von kleineren und größeren Kaufleuten, die fast alle in irgendeiner Weise »Komprador«-Funktionen ausübten. Als Kolonie und neugebildetes Gemeinwesen war Hongkong nicht unbedingt stärker verwestlicht als Shanghai: Traditionelle Familienstrukturen, Formen lands-

mannschaftlicher Solidarität und Netzwerke von Beziehungen (guanxi) gaben auch der Gesellschaft Hongkongs Halt und Zusammenhang. In Hongkong fehlte aber ein Element, das in allen anderen chinesischen Städten bis ins frühe 19. Jh. eine bedeutende Rolle spielte: die titeltragende, der konfuzianischen Hochkultur und dem Landbesitz verbundene Gentry. Insofern war die Gesellschaft Hongkongs die modernste und »bürgerlichste« auf chinesischem Boden.

(4) Der kulturelle Einfluß des Westens blieb, anders als etwa gleichzeitig in Japan, bis zur Jahrhundertwende auf kleine Elitenkreise begrenzt. Nur wenige Gelehrte bemühten sich um ein tieferes Verständnis der europäischen Kultur. Daß die machtpolitischen Erfolge der Europäer nicht bloß überlegener Technik und amoralischer Verschlagenheit zuzuschreiben waren, wurde von wenigen erkannt. Erst nach dem Schock von 1895 begann Yan Fu (1853–1921), der am Greenwich Naval College Schiffstechnologie studiert hatte, mit der Publikation seiner berühmten Übersetzungen englischer und französischer philosophischer Texte. Er verfaßte sie in einem exquisiten klassischen Chinesisch, das nur wenigen zugänglich war. Das einzige westliche Buch, das während des 19. Jh. in China eine massenhafte Verbreitung fand, war die Bibel. Zwischen 1833 und 1914 sollen 20 Millionen Exemplare in China verteilt worden sein (Ch'en 1979, 103). Westlicher Einfluß wurde denn auch in erster Linie über Missionare vermittelt. Seit dem frühen 20. Jh. konzentrierten sich einige Missionsgesellschaften mit großem Erfolg auf die Beeinflussung der großstädtischen Bildungsschichten, vor allem durch anspruchsvolle Angebote im höheren und universitären Erziehungswesen. Charakteristisch für die Zeit davor waren Bekehrungsversuche im Landesinneren. In dieser Weise besonders aktiv waren katholische Orden und die evangelikale China »Inland Mission«. Beide begegneten dem chinesischen »Heidentum« mit aggressiver Verachtung und schreckten vor Provokationen wie zum Beispiel der Zerstörung von Tempeln nicht zurück. Chinesische Konvertiten stellten sie – unter sehr freizügiger Auslegung der Vertragsbestimmungen – unter den Schutz ausländischer Flaggen. So wurden zahlreiche städtische und dörfliche Gemeinschaften gespalten; Minderheiten von Christen unterwarfen sich der Autorität der örtlichen Missionare und wußten sich damit den chinesischen Gesetzen entzogen. In vielen Fällen waren diese Protektion und die Wohlfahrtsleistungen der Missionare wirksamere Gründe für die Konversion, als eine interessenlose Glaubensüberzeugung es hätte sein können; man sprach von »Reis-Christen«. So blieb der kulturell verwestlichende Einfluß der Missionare gering, war es ihnen doch vorrangig um die Anzahl der geretteten Seelen zu tun. Insgesamt gesehen, ist die kulturelle Verwestlichung Chinas, zu der auch die Aufnahme des Marxismus-Leninismus gehört, ein Phänomen erst des 20. Jh.

Die Jahre zwischen 1842 und 1895 waren eine Zeit des relativ langsamen Übergangs. Großbritannien, unterstützt von Frankreich und den USA, hatte China gewaltsam geöffnet und unter ein Freihandelsregime gebeugt. Westlicher ökonomischer Einfluß machte sich in den großen Vertragshäfen an der Küste bemerkbar und führte dort zur Herausbildung neuer gesellschaftlicher Gruppierungen. In den Städten des Landesinneren verstärkten von außen kommende Impulse der Kommerzialisierung die schon seit längerem vorbereitete Annäherung zwischen Kaufmannschaft und Gentry. Ansonsten blieb die gesellschaftsverändernde Wirkung des Westens gering. Auch enttäuschte der chinesische Markt die Erwartungen westlicher Exporteure. Einheimische Wirtschaftsinstitutionen in Gewerbe und Handel

paßten sich flexibel den neuen Gegebenheiten an. Die Elitenkultur nahm vom Westen einstweilen wenig Notiz; dramatisch verunsichert wurde sie erst nach 1895. Das Christentum fand nur unter isolierten Minderheiten Resonanz. Seine stärkste Wirkung war persönlicher Natur: die visionäre Inspiration des Gründers der Taiping-Bewegung.

Die politische Ordnung der Qing-Dynastie wurde durch die »Ungleichen Verträge« in das von Großbritannien geschaffene liberale Weltsystem eingefügt. An die Stelle des überkommenen Sinozentrismus trat allmählich die Idee der Mitgliedschaft in einer vom Westen dominierten Familie der Nationen. Das Ancien Régime war bei weitem nicht mehr so leistungsfähig wie noch im 18. Jh. Aber es erwehrte sich mit erstaunlichen Energiereserven der großen Aufstände der Jahrhundertmitte. Und obwohl die Zentralmacht aus diesen grausigen Kriegen geschwächt hervorging, bewahrte sie den Zusammenhalt des Reiches für weitere Jahrzehnte und sicherte im großen und ganzen sogar seine territoriale Integrität. Nach der Zäsur des Opiumkrieges war erst 1895 aufgrund der chinesischen Niederlage im Krieg gegen Japan wieder ein Jahr von epochaler Bedeutung.

Verwendete und weiterführende Literatur

Ch'en, Jerome (1979): China and the West. Society and Culture, 1815–1949, London.

Chu, Samuel C.; Liu, Kwang-ching (1994/Hrsg.): Li Hung-chang and China's Early Modernization, Armonk, London.

Esherick, Joseph W.; Rankin, Mary B. (1990/Hrsg.): Chinese Local Elites and Patterns of Dominance, Berkeley.

Fairbank, John K. (1978): The Cambridge History of China. Band 10: Late Ch'ing 1800–1911, Teil 1, Cambridge.

Fairbank, John K. (1992): China. A New History, Cambridge,Mass./London.

Kuhn, Philip A. (1970): Rebellion and Its Enemies in Late Imperial China: Militarization and Social Structure, 1796–1864, Cambridge: Harvard University Press.

Michael, Franz; Chang, Chung-li (1971): The Taiping Rebellion. History and Documents, Bd. 3, Seattle, London.

Naquin, Susan; Rawski, Evelyn S. (1987): Chinese Society in the Eighteenth Century, New Haven.

Osterhammel, Jürgen (1989): China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit, München.

Osterhammel, Jürgen (1997): Shanghai, 30. Mai 1925: Die chinesische Revolution (Reihe ›Zwanzig Tage im 20. Jahrhundert‹), München.

Rowe, William T. (1984/1989): Hankow, Band 1: Commerce and Society in a Chinese City, 1796–1889, Band 2: Conflict and Community in a Chinese City, Stanford.

Smith, Richard J. (1994): China's Cultural Heritage. The Qing Dynasty, 1644–1912, 2. Aufl., Boulder, Oxford.

Spence, Jonathan D. (1995): Chinas Weg in die Moderne. Aus dem Amerikanischen von Gerda Kurz und Siglinde Summerer, München,Wien.

Teng, Ssu-yü; Fairbank, John K. (1954/Hrsg.): China's Response to the West. A Documentary Survey, 1839–1923, Cambridge, Mass.

Wakeman, Frederic Jr. (1975): The Fall of Imperial China, New York/London.

Will, Pierre-Etienne (1990): De l'ère des certitudes à la crise du système, in: Bergère, Marie-Claire et al. (Hrsg.): La Chine au XXe siècle. D'une révolution à l'autre, Paris, S. 9–43.